

Dämpfer für CDU, SPD und Linke – AfD legt deutlich zu.

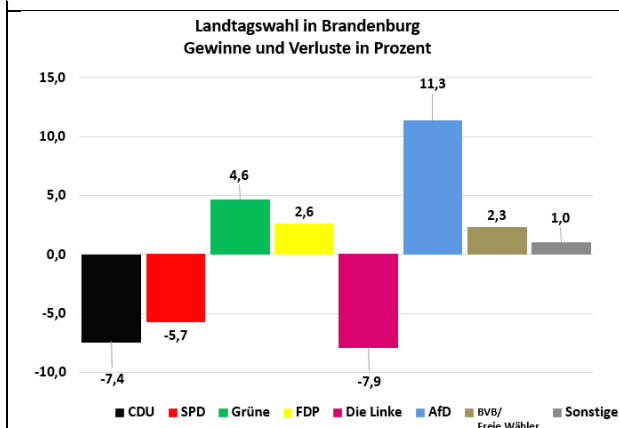
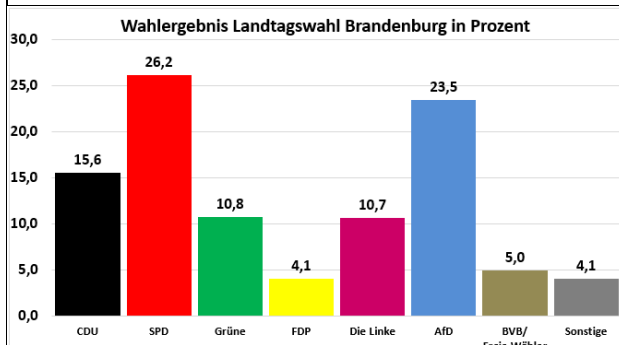
Das Wichtigste in Kürze:

- SPD und CDU mit historisch schlechten Wahlergebnissen. Kretschmer und Woidke verteidigen aber durch starken Endspurt Ministerpräsidenten-Amt.
- AfD legt deutlich zu, landet jeweils knapp auf Platz 2.
- Linke verliert in beiden Ländern deutlich.
- Grüne legen zu, Bäume wachsen aber nicht in den Himmel.
- FDP verpasst Einzug in beide Landtage.
- In Sachsen und Brandenburg ohne AfD nur Dreierbündnisse möglich.
- Wahlbeteiligung deutlich gestiegen.

Wahlergebnisse auf einen Blick

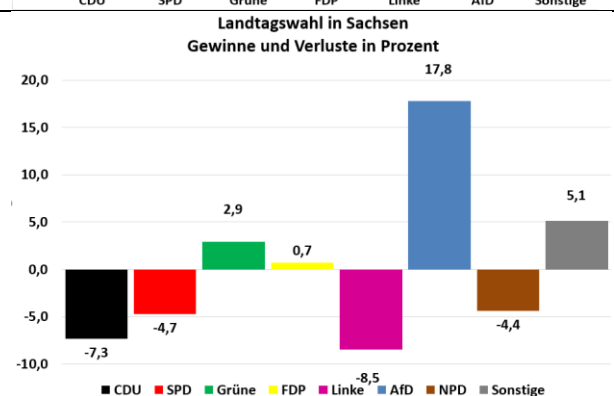
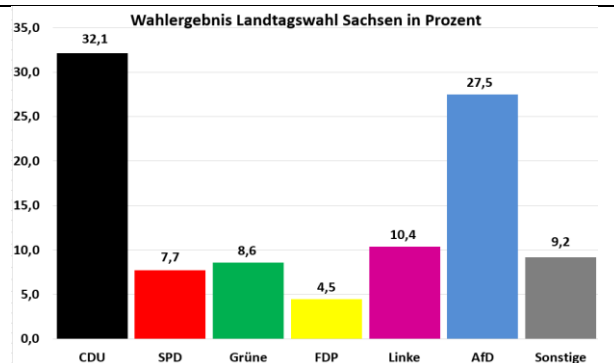
Brandenburg

Wahlbeteiligung:
61,3 Prozent (LTW 14: 47,9 Prozent)



Sachsen

Wahlbeteiligung:
66,6 Prozent (LTW 14: 49,1 Prozent)



Quelle: Landeswahlleiter, Grafik: IG Metall

1. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Zwei Landtagswahlen, zweimal Osten, zwei Kohleausstiegsländer: So unterschiedlich Sachsen und Brandenburg auch sind, so groß sind doch die Gemeinsamkeiten. Die Wahlbeteiligung ist in beiden Ländern nach polarisierenden Wahlkämpfen stark gestiegen: auf mehr als 66 Prozent (2014: 49,1 Prozent) in Sachsen und auf 61,3 Prozent (2014: 47,9 Prozent) in Brandenburg.



In beiden Ländern haben die jeweiligen **Zweier-Koalitionen ihre Mehrheit eingebüßt**: In Sachsen reicht es nicht mehr für Schwarz-Rot, in Brandenburg kann Rot-Rot nicht weiter regieren. Doch in den beiden Ländern ist die Partei des Ministerpräsidenten stärkste politische Kraft geworden: die CDU in Sachsen, die SPD in Brandenburg. **Beide Ministerpräsidenten könnten im Amt bleiben**, wenn sie jeweils eine weitere Partei, die Grünen, mit ins Boot holen und ein Dreierbündnis eingehen. Rot-Rot-Grün würde in Brandenburg aber nur über eine knappe Mehrheit (45 von 88 Sitzen) verfügen; denkbar wäre auch ein Bündnis von SPD, CDU und Freien Wählern (ebenfalls 45 Sitze) oder, mit etwas stabilerer Mehrheit, Rot-Schwarz-Grün (50 Sitze). Insofern sind CDU und SPD in ihren jeweils starken Ländern **mit einem blauen Auge davongekommen**. Verglichen mit den zwischenzeitlichen Umfragen und Erwartungen in Brandenburg – ein Kopf-an-Kopf-Rennen von vier oder gar fünf Parteien um Platz 1 – haben die Sozialdemokraten dort sogar sehr gut abgeschnitten. Das kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass SPD und CDU in beiden Bundesländern verloren haben, teils massiv, und ihre jeweils schlechtesten Wahlergebnisse erzielt haben. Die CDU in Brandenburg ist auf 15,6 Prozent, die SPD in Sachsen auf 7,7 Prozent abgestürzt, beides katastrophale Werte für einen Volksparteianspruch.

Die Verteidigung der beiden Staatskanzleien für CDU und SPD könnte der **Großen Koalition im Bund zumindest eine Atempause** verschaffen. Die Diskussion um den Verbleib in der Koalition dürfte in der SPD indes noch nicht beendet sein, auch wegen der Verluste für die jeweiligen Juniorpartner der Koalitionen in beiden Ländern. Und CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich mit diesem Wahlergebnis mitnichten stabilisiert. Das im Vergleich zu zwischenzeitlichen Erwartungen gute Wahlergebnis der Sachsen-CDU ist gerade nicht auf die Bundespolitik zurückzuführen – im Gegenteil.

Es ist nicht das eingetreten, was Umfragen lange befürchten ließen: Dass die AfD in einem der Länder oder gar in beiden stärkste Partei wird. Das hätte nicht nur eine symbolische Bedeutung gehabt, sondern es hätte etwa auch zum Anspruch der AfD auf das Amt des Landtagspräsidenten geführt. Kaum vorstellbar, wie ein Ministerpräsident gegenüber einem AfD-Parlamentspräsidenten die Hand zum Eid erhebt. Auch wenn das jetzt nicht droht: **Die AfD ist der größte Wahlgewinner**. In Brandenburg und Sachsen ist sie jeweils mit nur kleinem Abstand auf Platz zwei gelandet. Die pro-

Berlin aktuell

Ergebnisse der Landtagswahlen am 1. September 2019 in Brandenburg und Sachsen

zentualen Zuwächse bewegen sich im zweistelligen Bereich. Der AfD ist es vor allem gelungen, bisherige Nichtwählerinnen und Nichtwähler für sich zu gewinnen. Bemerkenswert an dieser Stelle: Trotz der vielen Skandale und Enthüllungen über rechtsextreme Vergangenheiten einzelner AfD-Politiker im Vorfeld lässt sich keinerlei Abwendung verzeichnen – im Gegenteil: Beim Urnengang zeichnete sich eine loyale Unterstützerbasis bei größeren Teilen der AfD-Wähler ab: Mehr als ein Drittel der AfD-Wähler entschied sich aus Überzeugung für die Partei, mehr als noch vor fünf Jahren.

Die **Polarisierung zwischen den Parteien der amtierenden Ministerpräsidenten und der AfD um Platz 1 ist zu Lasten der Mitbewerber** gegangen: der Grünen, der FDP, der Linken, auch der SPD in Sachsen und der CDU in Brandenburg. Viele Wählerinnen und Wähler entschieden sich vermutlich in den letzten Tagen, ihre Stimme der Partei des amtierenden Ministerpräsidenten zu geben, um zu verhindern, dass die AfD stärkste Kraft würde. Das erklärt die gegenüber den jüngsten Umfragen schlechteren Werte etwa von Grünen und Linken.

Die Grünen haben dennoch, verglichen mit früheren Wahlen in den neuen Bundesländern, gute Ergebnisse erzielt. Viel spricht dafür, dass sie in beiden Ländern mitregieren werden. So sehr die Grünen bei diesen Wahlen auch unter taktischen Überlegungen gelitten haben mögen: Die Ergebnisse wie auch die aktuellen Werte bei der „Sonntagsfrage“ im Bund könnten darauf hindeuten, dass der Zenit der Zustimmung zwar nicht überschritten, wohl aber erreicht ist.

Die Linke hat in beiden Bundesländern deutlich verloren. Sie hat zwar nicht mehr sehr stark an die AfD verloren, hat aber ihren Alleinvertretungsanspruch als Kümmererpartei für unzufriedene Ostdeutsche verloren. Die geschickte Wahlkampfinszenierung der AfD als „Partei ostdeutscher Interessen“ hat offenbar funktioniert. Eine Rolle mag auch spielen, dass der Linken nach dem Rückzug von Gregor Gysi und dem angekündigten Rücktritt von Sahra Wagenknecht charismatisches Führungspersonal fehlt.

Die FDP hat weder in Sachsen noch in Brandenburg den Sprung in den Landtag geschafft. Sie konnte mit ihren Themen offenbar in den für sie schwierigen Bundesländern nicht ausreichend durchdringen. Weder landes- noch bundespolitisch findet die Partei derzeit eine kommunikativ erfolgreiche Linie. Seit dem Rückzug aus den Jamaika-Verhandlungen auf der Bundesebene spielt sie kaum noch eine Rolle. Das gilt erst Recht in dem aktuellen Diskurs um die Klimapolitik.

Einzelne dominierende **wahlentscheidende Themen** gab es in beiden Ländern nicht. Für die hohe Wahlbeteiligung ist die Polarisierung zwischen AfD und den anderen Parteien verantwortlich. Insofern kann das übergeordnete Thema Rechtspopulismus in Verbindung mit der Frage spezifisch ostdeutscher Milieus und Interessenlagen als wahlentscheidend gesehen werden. Die Bedeutung von Einzelthemen variiert sehr stark zwischen den Anhängerinnen und Anhänger unterschiedlicher Parteien. Von den Wählerinnen und Wählern der AfD werden nach wie vor die Themen Zuwanderung, Kriminalität und Einfluss des Islam genannt. Sie bestätigten außerdem in den Befragungen eine Selbstwahrnehmung als benachteiligte Ostdeutsche. Bei SPD und CDU teilten sich die Themenpräferenzen zwischen Soziale Sicherheit, Wirtschaft und Arbeit und Bildung auf. Für die Grünen-Wählerinnen und Wähler spielten erwartungsgemäß Umwelt und Klima die zentrale Rolle; das waren aber insgesamt keine herausragenden Themen des Wahlkampfes, auch wenn sie seit dem Frühjahr den bundespolitischen Diskurs prägen.

Der **Diskurs über den Unterschied zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland** spielte eine große Rolle. Dabei dominieren grobe Vereinfachungen und Pauschalisierungen, die großen Unterschieden zwischen Regionen, Milieus, Altersgruppen treten in den Hintergrund. Einige Befunde

Berlin aktuell

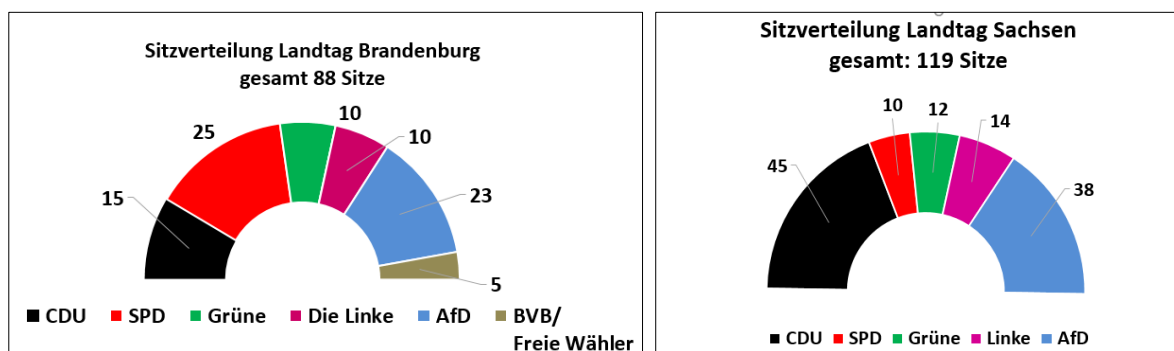
Ergebnisse der Landtagswahlen am 1. September 2019 in Brandenburg und Sachsen

aber ziehen sich durch die Befragungen. 30 Jahre nach der friedlichen Revolution hat eine deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler (in Sachsen 66 Prozent, in Brandenburg 59 Prozent) den Eindruck, dass Ostdeutsche „Bürger zweiter Klasse“ sind. Angesichts niedrigerer Löhne, längerer Arbeitszeiten und zumindest in ländlichen, dünn besiedelten Regionen ist das wenig überraschend. Die AfD profitiert davon: Unter den AfD-Wählerinnen und Wählern ist der Anteil derer, die Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse wahrnehmen, besonders hoch.

Die AfD profitiert vom Gefühl des „Abgehängtseins“: Im ländlichen Raum, in Ostsachsen, erreicht sie Ergebnisse von fast 40 Prozent. Auch in den Kohleregionen, in der Lausitz, in Brandenburg und Sachsen, schneidet sie überdurchschnittlich stark ab. Im Berliner Speckgürtel und in den großen Städten sieht die Welt deutlich anders aus. In Potsdam, Leipzig und Dresden etwa holen auch die Grünen Direktmandate.

Das Wahlergebnis muss Weckruf und Auftrag sein: **Die innere Einheit zu vollenden**; tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen: durch Investitionen in Infrastruktur und regionale Strukturpolitik; die Transformation sozial verträglich zu gestalten.

Die möglichen neuen Koalitionen haben selbstverständlich Auswirkungen auf die konkrete Landespolitik. Die Grünen setzen sich für einen Kohleausstieg vor 2038 ein – das birgt Konfliktstoff in beiden Ländern. Eine Kenia-Koalition **in Sachsen könnte indes bei Themen, die für die Beschäftigten relevant sind, für Bewegung in die richtige Richtung sorgen**: Sowohl Grüne als auch SPD etwa machen sich dort für ein Vergabegesetz/eine Regelung zur Tariftreue und für ein Bildungsfreistellungsgesetz stark. Die CDU lehnt beides ab, aber Rot-Grün gemeinsam haben größere Chancen, das in Koalitionsverhandlungen durchzusetzen, als bislang die SPD allein. Damit wären auf Landesebene wichtige Schritte in Richtung Tarifbindung und Qualifizierung getan.



Quelle: Landeswahlleiter, Grafik: IG Metall

2. Landtagswahl in Brandenburg

2.1 Ausgangslage

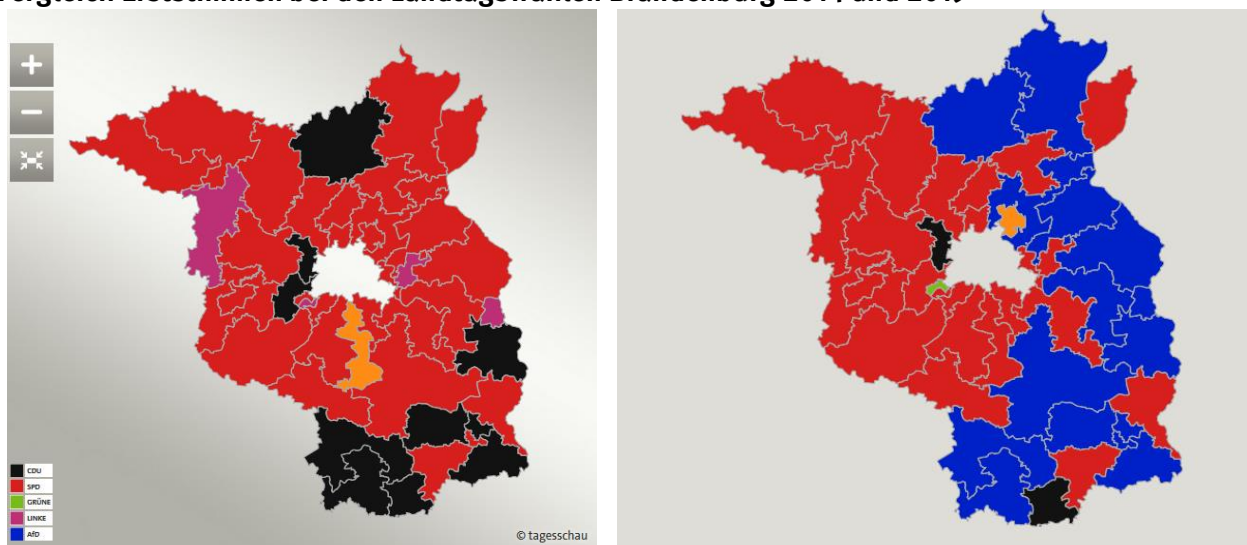
Bis in die letzten Wochen vor der Wahl lag die AfD zwischenzeitlich sogar vorn. Die Situation war völlig neu und zeigte, wie Politik im Osten nach dem Erstarken der AfD in Bewegung geraten ist. Ein klarer Wahlsieger schien sich nicht abzuzeichnen. Brandenburg ist zum Politiklabor geworden: CDU-Mann Senftleben hat sogar eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei im Vorfeld nicht ausgeschlossen.

2.2 Ergebnisse im Einzelnen in Brandenburg

Brandenburg	LTW 2019		Gewinne/Verluste	Stimmen in 1.000	Sitze	Ergebnis inkl. NW in %
	Zweitstimme	Prozent				
Wahlberechtigte	2.088.602					
Wähler	1.280.982	61,3				
ungültige Stimmen	15.943	1,2				
Nichtwähler	807.620	38,7				
Wahlbeteiligung	1.280.982	61,3				
CDU	196.989	15,6	-7,4	197	15	9,4
SPD	331.240	26,2	-5,7	331	25	15,9
Grüne	136.326	10,8	4,6	136	10	6,5
FDP	51.604	4,1	2,6	52	0	2,5
Die Linke	135.572	10,7	-7,9	136	10	6,5
Piraten	8.748	0,7	-0,8	9	0	0,4
AFD	297.429	23,5	11,3	297	23	14,2
DVU	0	0,0	0,0	0	0	0,0
BVB/	63.879	5,0	5,0	64	5	3,1
NPD	0	0,0	-2,2	0	0	0,0
REP	0	0,0	0,0	0		0,0
Sonstige	43.252	0,0	-3,1	43	0	2,1
Gesamt					88	

Quelle: Landeswahlleiter, IG Metall

Vergleich Erststimmen bei den Landtagswahlen Brandenburg 2014 und 2019



Quelle: Infratest

Berlin aktuell

Ergebnisse der Landtagswahlen am 1. September 2019 in Brandenburg und Sachsen

Vor der Landtagswahl herrschte ein Kopf-an-Kopf-Rennen von SPD und AfD, dicht gefolgt von CDU, Linke und Grüne. Mit Ministerpräsident Woidke hatte die SPD den bekanntesten und beliebtesten Politiker als Spitzenkandidaten. Gleichwohl war die Zustimmung zur Arbeit der Landesregierung gespalten: Rund die Hälfte der Brandenburger äußerten sich zufrieden oder sehr zufrieden mit der Arbeit der Landesregierung. Zum gleichen Zeitpunkt gaben 48 Prozent der befragten Brandenburger an, dass sie Dietmar Woidke (SPD) bei den Wahlalternativen direkt zum Ministerpräsidenten wählen würden.

Letzten Endes hat die **SPD** einen extremen Endsprint hingelegt – während sie drei Wochen vor der Wahl zwischenzeitlich sogar auf Platz 4 lag, ist sie mit **26,2 Prozent (-5,7)** **stärkste Kraft** geworden. Die SPD hat in den letzten Tagen v.a. auf Polarisierung gesetzt: Für ein offenes, tolerantes Brandenburg, in dem kein Platz für gesellschaftliche Spaltung ist. Diese Polarisierung wiederum hatte auch zur Folge, dass v.a. auch linke und grüne Wähler strategisch ihr Kreuz bei der SPD gemacht haben, um die AfD als stärkste Kraft verhindern zu können.

Daher konnten **Bündnis 90/Die Grünen** ihre sehr guten Umfragewerte nicht halten, holen aber dennoch mit **10,8 Prozent (+4,6)** **ihr stärkstes Ergebnis in einer Ost-Landtagswahl**. Auffällig ist hierbei die starke Konzentration der Wählerinnen und Wähler vor allem im sogenannten Speckgürtel von Berlin.

Die **CDU** kämpfte für einen Machtwechsel, fuhr allerdings mit **15,6 Prozent (-7,4)** ihr schwächstes Ergebnis ein, was die CDU jemals in einem östlichen Bundesland hatte.

Die Linke ist ebenso wie in Sachsen die Verliererin dieser Wahl. Mit 10,7 Prozent haben sie ihr Ergebnis aus 2014 nahezu halbiert. Für die wenigsten Wählerinnen und Wähler war noch klar, wofür die Linke in Brandenburg steht. Erstmals landete Die Linke auf Platz 5. Die neue Ost-Protestpartei ist nicht mehr Rot, sondern Blau.

Mit **23,5 Prozent** hat die **AfD** ihr Ergebnis verdoppelt und ist damit **der große Wahlgewinner**. Und auch hier setzt sich der Trend fort: Die Wählerinnen und Wähler entscheiden sich größtenteils nicht aus Überzeugung für die AfD, sondern aus Enttäuschung über die anderen Parteien. Auffällig ist auch, dass insbesondere in den strukturschwachen Regionen, in der Lausitz und in den schrumpfenden Wahlkreisen mehrheitlich AfD gewählt wurde. Jeder Vierte hat seine Stimme der AfD gegeben. Dies wird bei den anderen Parteien in der nächsten Zeit für größere Debatten sorgen. Nachdem AfD-Wahlkreiskandidaten vor fünf Jahren noch komplett leer ausgingen, bekamen sie diesmal 15 Direktmandate.

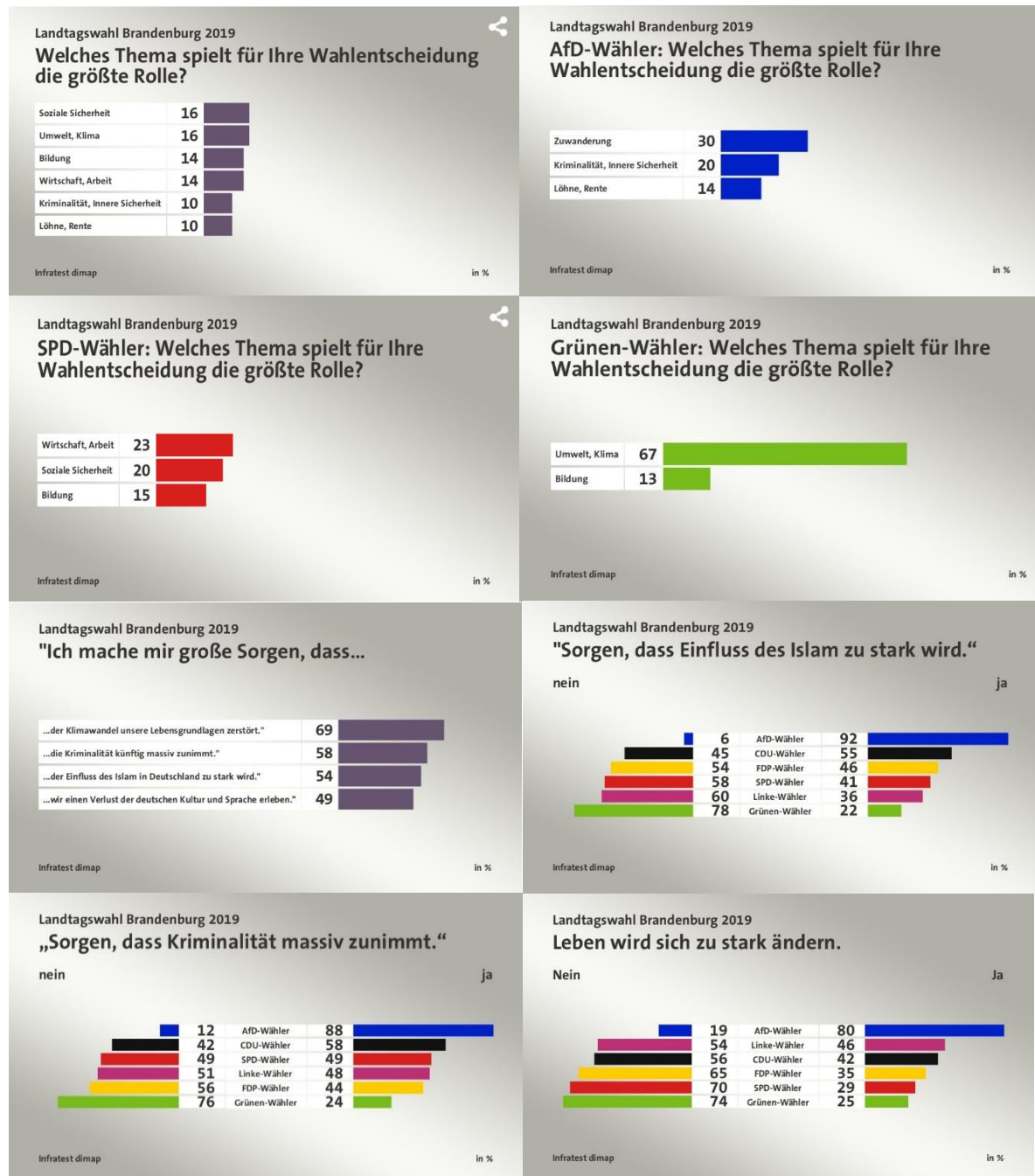
Mit einem Stimmanteil von **5 Prozent** überspringen **BVB/Freie Wähler** erstmals die Mandatsschwelle.

Die **FDP** scheitert mit **4,1 Prozent** erneut an der Mandatsschwelle - auch die aus Brandenburg stammende Generalsekretärin Linda Teuteberg konnte nichts am Bild einer männlich dominierten Westpartei ändern.

Im neuen Brandenburger Landtag wird es nun künftig 88 Parlamentarier aus sechs Parteien geben. Für eine Fortsetzung der Rot-Roten Koalition gab es bereits im Vorfeld keine Mehrheiten – diese wurde deutlich verfehlt. Rechnerische Mehrheiten beständen für SPD-geführte Drei-Parteienkoalitionen für: SPD-Linke-Grüne, SPD-CDU-Grüne und SPD-CDU-Linke.

2.3 Wahlentscheidende Themen in Brandenburg

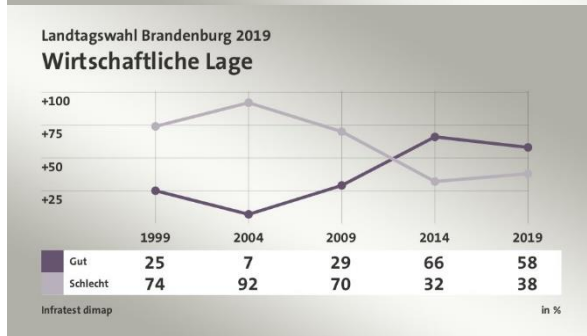
Auch wenn Themen wie Bildung und Umwelt medial und auf Plakaten eine Rolle spielen sollten, wurde die Wahl letztendlich einerseits strategisch und andererseits hochemotional entschieden. Die SPD hat in ihrem Endspurt auf klare Kante gegen Rechts und so auf absolute Polarisierung gesetzt. So konnte sie trotz Verluste abermals stärkste Kraft werden, indem sie vor allem gegen die AfD mobilisiert haben.



Quelle: Infratest

Berlin aktuell

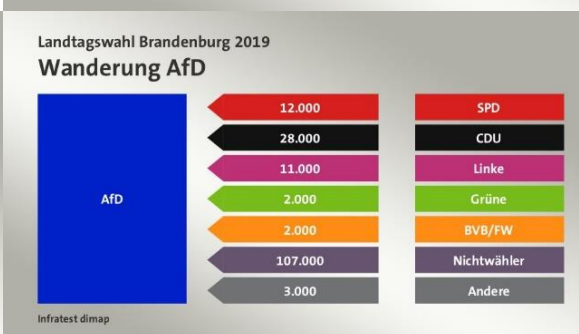
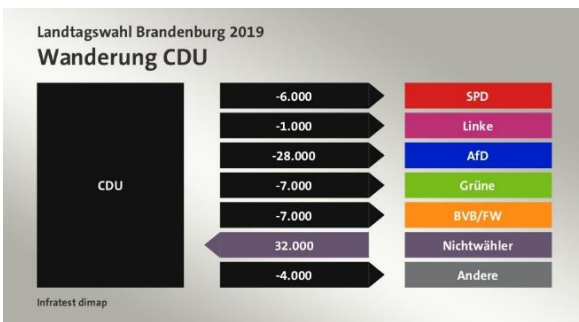
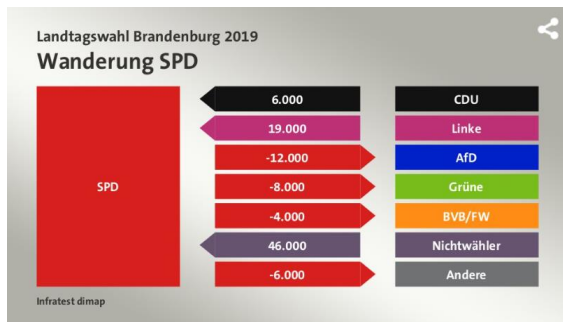
Ergebnisse der Landtagswahlen am 1. September 2019 in Brandenburg und Sachsen



Quelle: Infratest

2.4 Wählerwanderung in Brandenburg

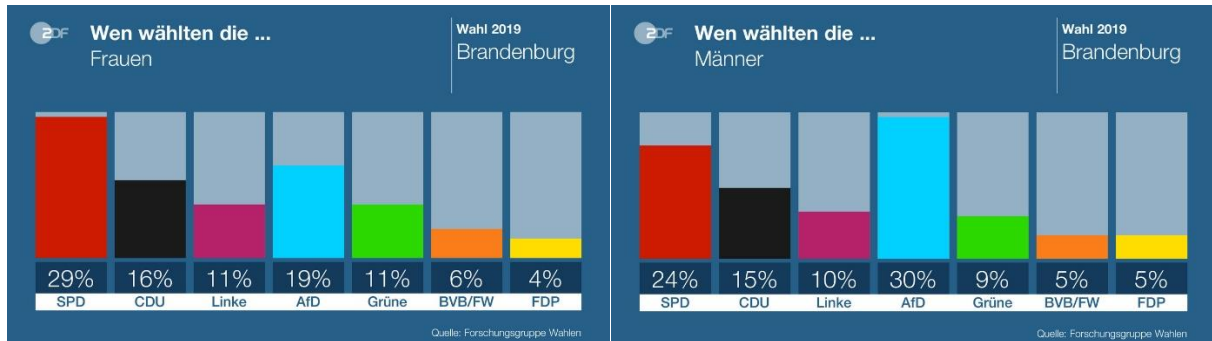
Insbesondere das Nicht-Wählerlager konnte mobilisiert werden. Und auch hier ist wieder die AfD die Gewinnerin. Sie hat am stärksten davon profitiert.



Quelle: Infratest

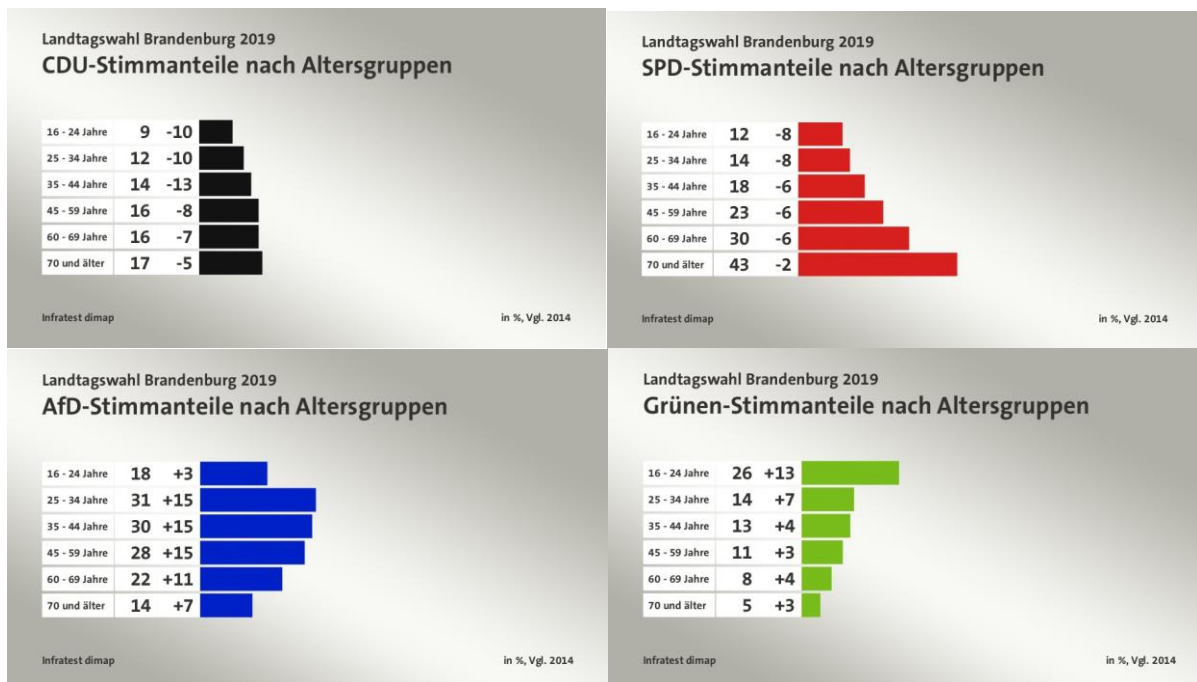
2.5 Wahlverhalten nach Alter, Berufsstand, Geschlecht und Bildung in Brandenburg

Die AfD wurde vorrangig von 20-59-Jährigen gewählt und auch hier bestätigt sich wieder, dass sich vor allem Männer für die AfD (30 Prozent) entscheiden – im Gegensatz zu Frauen (19 Prozent).



Alter

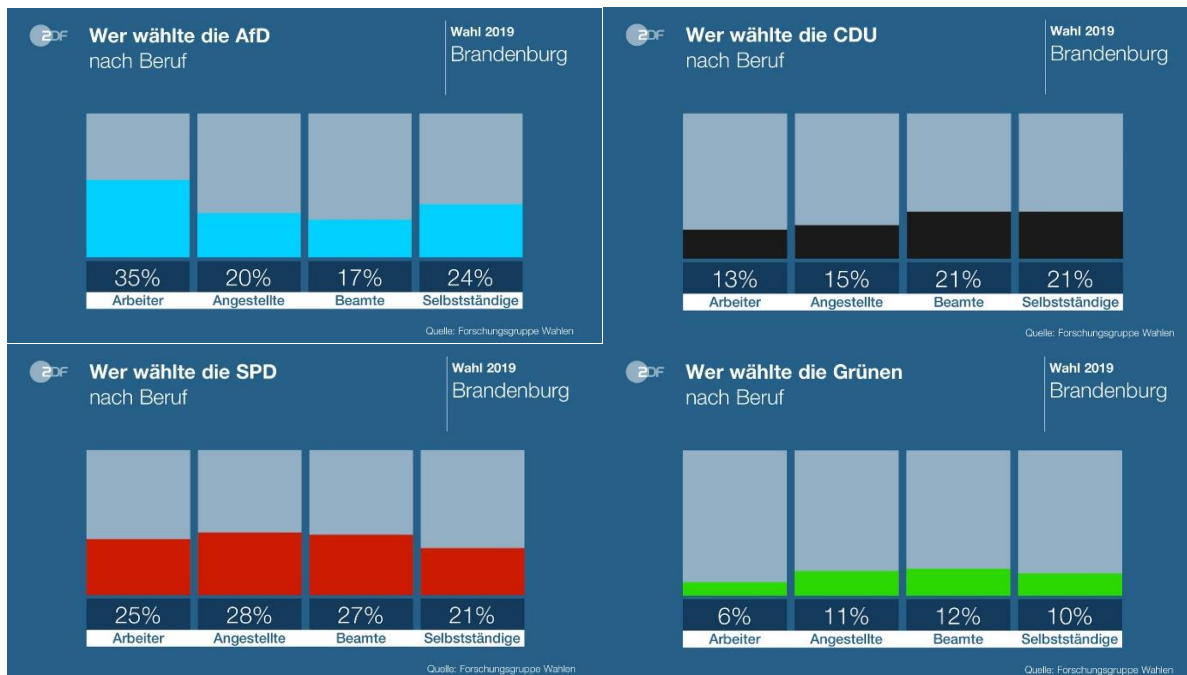
Die SPD und CDU wurden in Brandenburg eher von Älteren gewählt. Die Grünen konnten ihre höchsten Stimmanteile bei den Jüngeren verzeichnen. Die AfD erzielte hohe Stimmanteile in den Altersgruppen zwischen 25 und 59 Jahren.



Berlin aktuell

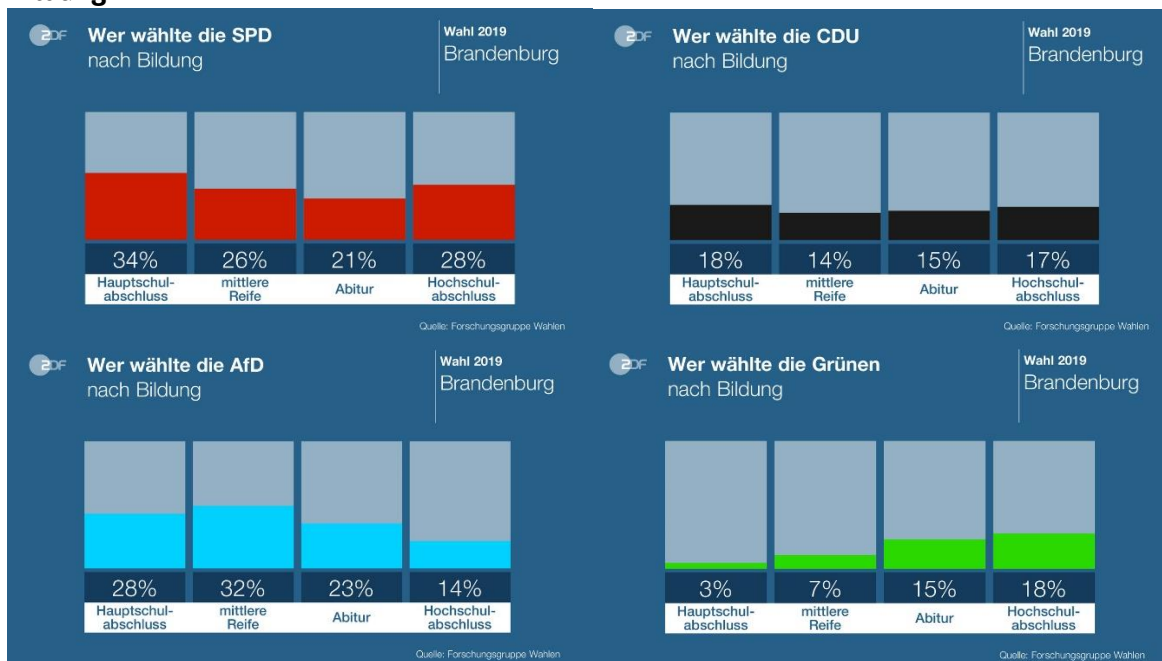
Ergebnisse der Landtagswahlen am 1. September 2019 in Brandenburg und Sachsen

Berufe



Quelle: ZDF

Bildung



Quelle: ZDF

2.6 Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder in Brandenburg

So haben GewerkschafterInnen in Brandenburg 2019 gewählt

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Brandenburg 2019 (in Prozent)

■ SPD ■ CDU ■ Linke ■ AfD ■ Grüne ■ BVB/FW ■ FDP ■ Sonstige

Alle WählerInnen



GewerkschafterInnen*



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Landeswahlleiter, Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

© DGB-einblick 10/2019 / CC BY 4.0

Brandenburg 2019: Ein Drittel der Gewerkschaftsfrauen wählt SPD

Wahlverhalten von gewerkschaftlich organisierten* Männern und Frauen in Brandenburg 2019 (in Prozent)

■ SPD ■ CDU ■ Linke ■ AfD ■ Grüne ■ BVB/FW ■ FDP ■ Sonstige

Frauen



Männer



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Landeswahlleiter, Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

© DGB-einblick 10/2019 / CC BY 4.0

2.7 Hintergrund: Kompetenzprofil der Parteien¹

SPD: „Ein Brandenburg“

Die SPD Brandenburg ist 1990 nach der Wiedervereinigung als Landesverband der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wiedergegründet worden. Seitdem stellt sie durchgehend die Ministerpräsidenten des Landes. Bis 2002 Manfred Stolpe, bis 2013 Matthias Platzeck und seitdem Dietmar Woidke.

CDU: „Bock auf Brandenburg“

Größte Oppositionspartei im Brandenburger Landtag ist bisher die CDU. Der Landesverband existiert seit der Wiedervereinigung. Von 1999 bis 2009 war die CDU als Juniorpartner an der Landesregierung beteiligt, seitdem ist sie in der Opposition. Spitzenkandidat und Parteichef ist Ingo Senftleben (45).

Die Linke: „Ums Ganze“

Der Landesverband Brandenburg der Partei Die Linke ist 2007 im Zuge der Vereinigung von PDS und WASG entstanden. Seit 2009 stellt die Linke zusammen mit der SPD die Landesregierung. Nach dem Rücktritt der Ministerin Diana Golze (Medikamenten-Skandal) geht die Partei mit dem Spitzenduo Kathrin Dannenberg (53) und Sebastian Walter (40) in den Wahlkampf.

¹ Quelle: Lausitzer Rundschau, 15.08.2019, 8:22 Uhr

Berlin aktuell

Ergebnisse der Landtagswahlen am 1. September 2019 in Brandenburg und Sachsen

Grüne: „Hallo Zukunft“

Der Landesverband „Bündnis 90/Die Grünen“ ist 1993 aus dem Zusammenschluss der Bürgerbewegung Bündnis 1990 und der Grünen entstanden. Das Bündnis hatte bereits 1990 bei der Landtagswahl genügend Stimmen geholt, um in den Landtag und gleich in die erste Landesregierung einzuziehen. Nach der Vereinigung schafften es die Bündnisgrünen erst 2009 wieder, in den Landtag einzuziehen. Seitdem ist ihr Anteil im Umfragen deutlich gestiegen. Spitzenkandidaten sind Ursula Nonnemacher und der Benjamin Raschke.

FDP: „Wir machen es einfach“

Der Landesverband der Freien Demokraten wurde 1990 gegründet und zog gleich bei der ersten Landtagswahl mit 6,6 Prozent in den Landtag und sogar in die Landesregierung ein. Danach stürzte die FDP bei den Wahlen in Brandenburg ab. 2009 gelang ein kurzes Comeback im Landtag, seit 2014 ist die Partei aber wieder außerparlamentarische Opposition. Spitzenkandidat ist Hans-Peter Goetz.

AfD: „Vollende die Wende“

Der Landesverband der Alternative für Deutschland wurde 2013 gegründet. Bei der Landtagswahl 2014 zog die Partei erstmals mit 12,2 Prozent in den Brandenburger Landtag ein. Fraktionsvorsitzender war zunächst Alexander Gauland (78). Seit November 2017 ist es Andreas Kalbitz (47), der zugleich als Spitzenkandidat zur Wahl antritt. Persönlich musste er kurz vor der Wahl einen Rückschlag hinnehmen – er räumte ein, 2007 an einer rechtsextremen Demonstration in Athen teilgenommen zu haben und an seinem Hotelbalkon eine Hakenkreuz-Flagge aufgehängt zu haben.

Der Verfassungsschutz beobachtet in Brandenburg eine enge Verbindung der AfD zur „Identitären Bewegung“ und rechtsextremen Kreisen. Die AfD betont, dass sie die nationale Identität, Kultur und freiheitliche Lebensform gegen Verfechter einer multikulturellen Gesellschaft verteidigen wolle. Sie präsentierte sich nicht mehr nur als eine Art Anti-Establishment-Partei, sondern auch als Anti-Diktatur-Partei und bedienen mit ihren Werbeslogans v.a. ein Gefühl der Unzufriedenheit mit den Verhältnissen.

Die AfD betont, dass sie die nationale Identität, Kultur und freiheitliche Lebensform gegen Verfechter einer multikulturellen Gesellschaft verteidigen wolle. Sie präsentierte sich nicht mehr nur als eine Art Anti-Establishment-Partei, sondern auch als Anti-Diktatur-Partei und bedienen mit ihren Werbeslogans v.a. ein Gefühl der Unzufriedenheit mit den Verhältnissen - sie verkörpert im jetzigen Parteiensystem eine bestimmte soziale, politische Gruppe der konservativen, national denkenden. Es ist nicht das Milieu der sozial Abgehängten – es sind eher Vertreter der unteren Mittelschicht oder der prekären Lebensverhältnisse – auch diejenigen, die seit der Wende 89 nie wieder einen Job bekommen haben.

Wahlbeteiligung gestiegen

Da die Wahlbeteiligung 2014 mit 47,9 Prozent auf den niedrigsten Stand in der Landtagswahlgeschichte Brandenburgs gesunken war, konnte man nur hoffen, dass sie wieder signifikant ansteigt. Das Kopf-an-Kopf-Rennen von SPD und AfD hat bereits im Vorfeld zu einer signifikanten Steigerung der Briefwähler geführt. So war es dann nicht verwunderlich, dass die Wahlbeteiligung auf 60 Prozent gestiegen ist. Wahlberechtigt waren 2.1 Millionen Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren.

2.8 Wahlrecht in Brandenburg

Personalisierte Verhältniswahl mit geschlossenen Listen.

Besonderheiten:

Die sorbische Minderheit ist von der Fünfprozenthürde ausgenommen.

Die Zahl der Ausgleichsmandate ist nach oben und unten gedeckelt.

Verfassungsrechtlich verankertes Ausländerwahlrecht.

Der Landtag besteht aus mindestens 88 Sitzen. Davon werden 44 Mandate in Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über geschlossene Listen vergeben.

Die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre.

Jeder Wähler hat zwei Stimmen. Mit der Erststimme wählt man einen Wahlkreiskandidaten, mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei oder einer politischen Vereinigung.

Quelle: Landeswahlleiter Brandenburg

3. Landtagswahl in Sachsen

3.1 Ausgangslage

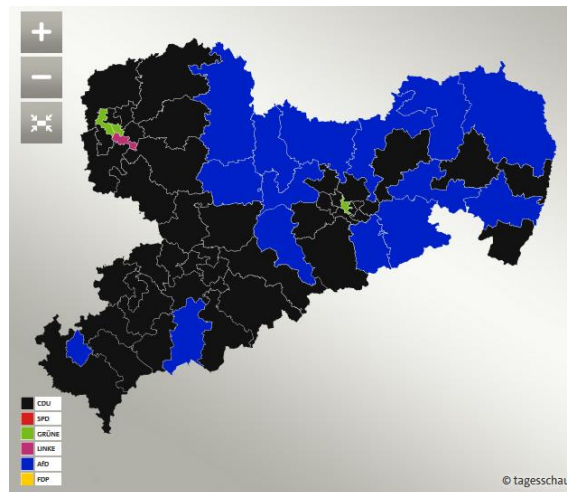
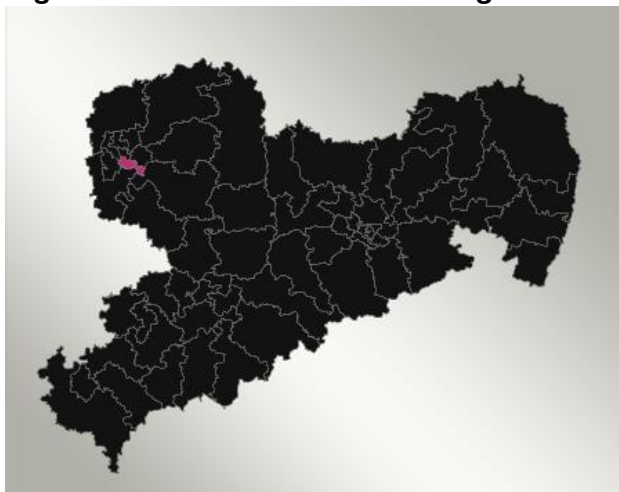
Seit den ersten freien Landtagswahlen nach der friedlichen Revolutionen stellt die CDU in Sachsen den Ministerpräsidenten: Mehr als ein Jahrzehnt regierte Kurt Biedenkopf mit absoluter Mehrheit, ihm folgten Georg Milbradt und Stanislaw Tillich, die seit 2004 und 2014 jeweils Koalitionen mit der SPD bildeten – unterbrochen von einem schwarz-gelben Bündnis zwischen 2009 und 2014. Auch wenn die CDU im Laufe der Jahrzehnte an Zustimmung verlor, so blieb sie doch mit Abstand stärkste Kraft. Von links drohte den Christdemokraten keine ernsthafte Konkurrenz. Die Linke erreichte seit zwei Jahrzehnten Ergebnisse von um die 20 Prozent, die SPD stets rund 10 Prozent. Grüne und FDP lagen in der Vergangenheit deutlich dahinter; die Freien Demokraten scheiterten 2014 sogar an der 5-Prozent-Hürde.

3.2 Ergebnisse im Einzelnen in Sachsen

Sachsen	LTW 2019					
	Zweitstimme	%	Gewinne/ Verluste	Stimmen in 1.000	Ergebnis inkl. NW	Sitze
Wahlberechtigte	3.287.568					
Wähler	2.188.535	66,6				
ungültige Stimmen	22.319	1,0				
Nichtwähler	1.099.033	33,4				
Wahlbeteiligung		66,6				
CDU	659.494	32,1	-7,3	659	20,1	45
SPD	167.378	7,7	-4,7	167	5,1	10
Grüne	186.846	8,6	2,9	187	5,7	12
FDP	97.425	4,5	0,7	97	3,0	0
Linke	224.411	10,4	-8,5	224	6,8	14
AfD	595.530	27,5	17,8	596	18,1	38
NPD	13.239	0,6	-4,4	13	0,4	0
Piraten	6.649	0,3	-0,8	7	0,2	0
Sonstige	215.244	9,2	5,1	215	6,5	0
Gesamt	2.188.535					119

Quelle: Landeswahlleiter, IG Metall

Vergleich Erststimmen bei den Landtagswahlen Sachsen 2014 und 2019



Quelle: Infratest

Eine Koalition im Sächsischen Landtag hat die Mehrheit ab 60 Sitzen. CDU und SPD erreichen nur 55 Sitze; CDU und Grüne ebenfalls nur 57 Sitze. Ein Kenia-Bündnis aus CDU, Grünen und SPD wäre daher rechnerisch denkbar.

Für die CDU und SPD sind es historisch schlechte Wahlergebnisse. Auch die Linke liegt mit 10,4 Prozent weit hinter ihren bisherigen Erfolgen in Sachsen. Die Grünen können dazugewinnen – im Vergleich zum sehr guten Bundestrend allerdings nur geringfügig mit einem Plus von 2,9 Prozentpunkten auf 8,6 Prozent. Der größte Wahlgewinner ist die AfD – sie hat 17,8 Prozentpunkte dazu gewonnen und insgesamt 27,5 Prozent. Die AfD gewinnt in Regionen mit Bevölkerungsrückgang – umso stärker der Bevölkerungsrückgang, umso mehr Zustimmung für die AfD. Die Liberalen verfehlen den Einzug in den sächsischen Landtag.

Eine Besonderheit bei der sächsischen Landtagswahl war, dass die Landesliste der AfD aufgrund von Fehlern bei der Aufstellung von der Landeswahlleiterin bzw. vom Landeswahlausschuss für ungültig erklärt wurde. Die AfD hatte ihre Liste auf zwei Parteitagern gewählt, so dass nur die ersten 30 Plätze anerkannt wurden. Die AfD hat Klage gegen diese Entscheidung eingelegt, hatte jedoch bisher nur teilweise Erfolg und musste daher mit einer gekürzten Liste antreten. Bei der Landtagswahl in Sachsen ist es der AfD jedoch gelungen, 15 Direktmandate zu gewinnen; nicht alle der direkt gewählten Kandidatinnen und Kandidaten sind über die Landesliste abgesichert. Daher stellt die AfD letztlich insgesamt 38 Sitze im sächsischen Landtag.

3.3 Wahlentscheidende Themen und Rolle der Spitzenkandidaten in Sachsen

Bei den **wahlentscheidenden Themen in Sachsen** zeigt sich kein eindeutiges Bild. Soziale Sicherheit hat unter allen Befragten mit 17 Prozent den höchsten Anteil. Werden die Themen soziale Sicherheit, Wirtschaft/Arbeit und Löhne/Rente zusammengefasst, ergibt sich ein Anteil von 41 Prozent. Deutlich wird bei der Betrachtung der Grafiken, dass die Wählerinnen und Wähler der jeweiligen Parteien ihre Wahlentscheidung überwiegend an bestimmten Themen festgemacht haben: Bei den AfD-Wählerinnen und Wählern waren es die Themen Zuwanderung, die Sorge, dass der Islam zu stark wird und die Kriminalität stark zunimmt. Wahlentscheid für Wählerinnen und Wähler der Grünen war dagegen überwiegend das Thema Klima und Umwelt. Für die Wählerinnen und Wähler der SPD und von Die Linke war – wie in der Vergangenheit üblich – das Thema soziale Sicherheit wichtig.

86 Prozent der AfD-Wählerinnen und Wähler gaben an, dass sie Sorge haben, dass sich unser Land stark verändert – im Vergleich dazu verneinen 89 Prozent der Grünen diese Aussage. Welche Veränderungen zur Sorge beitragen, wird aus den Umfragen nicht deutlich. Die wirtschaftliche Lage in Sachsen wird mehrheitlich gut bewertet (75 Prozent, minus 4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2014). Bei Bereichen, die sich in den letzten Jahren verschlechtert haben, werden u.a. folgende genannt: Ärztliche Versorgung, Polizeipräsenz und Öffentlicher Nahverkehr. Insbesondere in kleinen Gemeinden scheinen diese Verschlechterungen deutlich spürbarer zu sein.

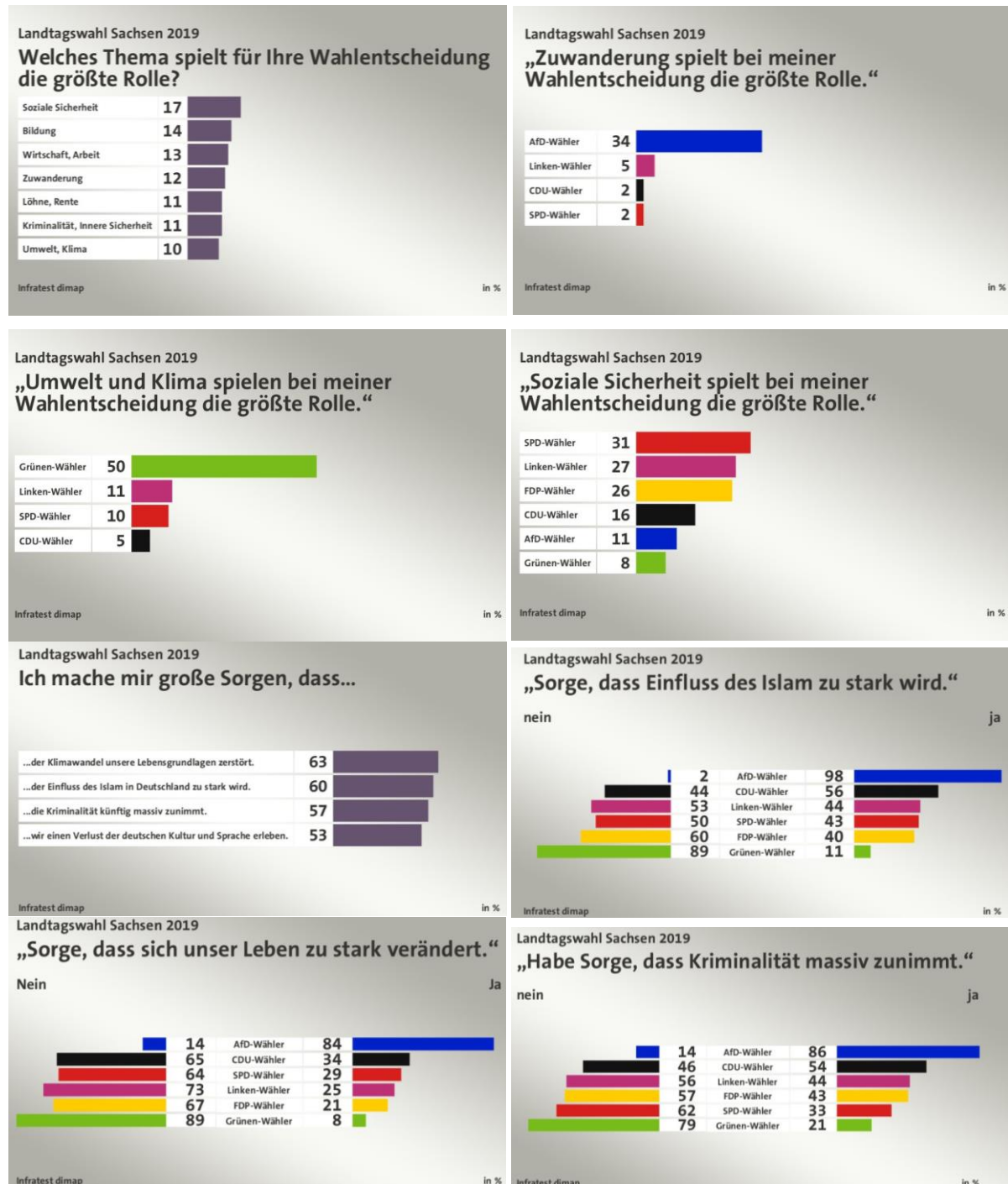
Ein geteiltes Bild ergibt sich auch bei der Zufriedenheit mit der Demokratie: 86 Prozent der AfD-Wählerinnen und Wähler gaben an, unzufrieden mit der Demokratie zu sein, wohingegen sich 77 Prozent der sächsischen Grünen-Wählerinnen und Wähler zufrieden zeigten.

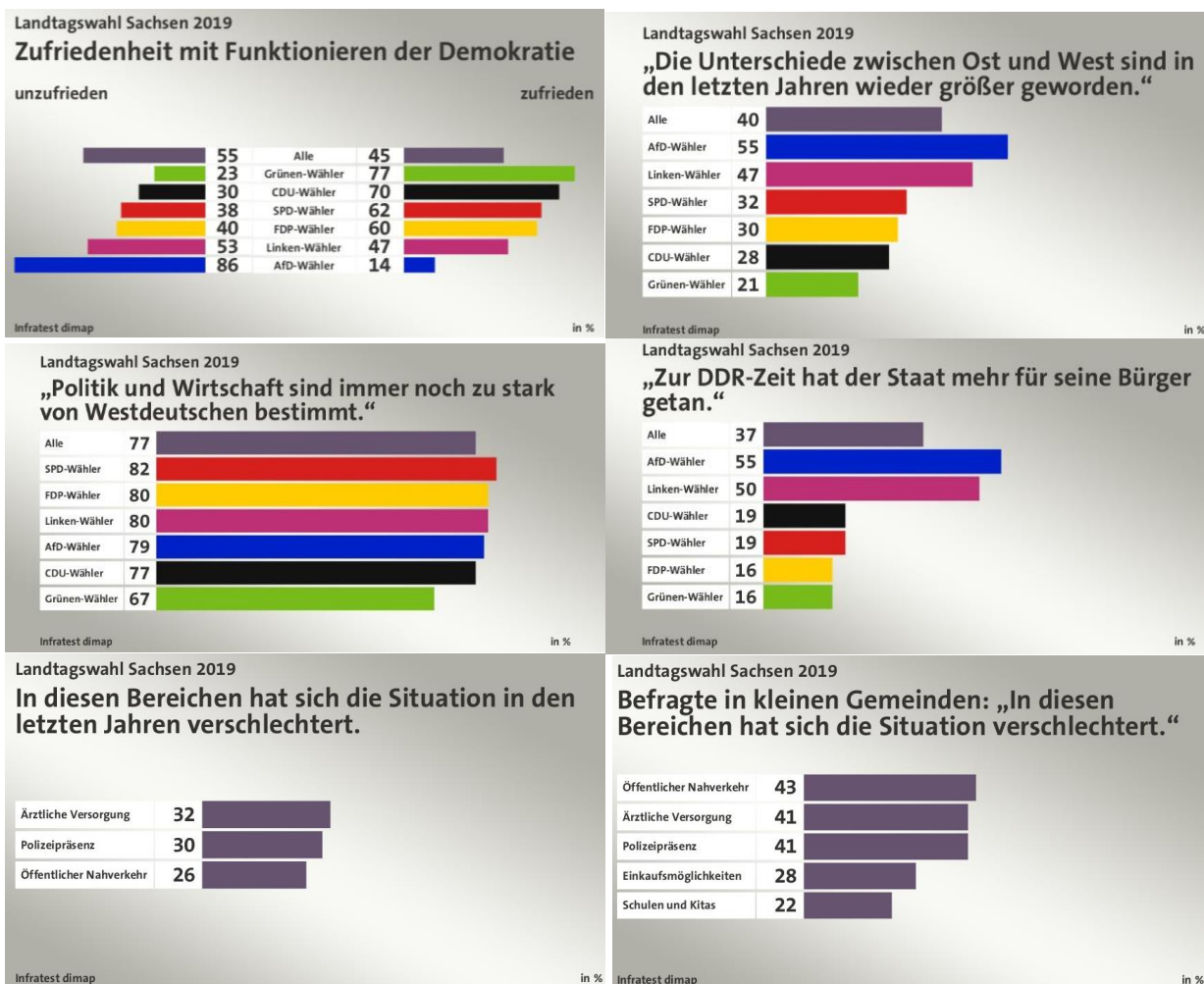
Insbesondere die Unterstützer der AfD (55 Prozent) und der Linkspartei (47 Prozent) in Sachsen befürworteten die These, dass die Unterschiede zwischen West und Ost in den letzten Jahren wieder

Berlin aktuell

Ergebnisse der Landtagswahlen am 1. September 2019 in Brandenburg und Sachsen

größer geworden sind. Mehr als die Hälfte der Wählenden, die ihr Kreuz bei der AfD gemacht haben, und 50 Prozent den Wählenden von Die Linke, gaben zudem an, dass der Staat zu DDR-Zeiten mehr für seine Bürgerinnen und Bürger getan hat. Weiterhin stimmten 69 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Sachsen der These zu: „Bei bestimmten Themen wird man heute ausgegrenzt, wenn man seine Meinung sagt.“ (98 Prozent der AfD-Wählenden; 55 Prozent der SPD-Wählenden; 50 Prozent der Grünen-Wählenden und 48 Prozent der CDU-Wählenden).





Quelle: Infratest dimap, ARD-Deutschlandtrend

Rolle der Spitzenkandidaten

Die Zufriedenheit mit der Arbeit von Kretschmer ist zwischen August 18 und dieser Woche von 59 Prozent auf 71 Prozent gestiegen. 70 Prozent der sächsischen Wählerinnen und Wähler befürworten die Aussage, dass Michael Kretschmer ein guter Ministerpräsident ist. Im Vergleich zu den Spitzenkandidaten der anderen Parteien erhält Kretschmer bei den Zufriedenheitswerten ein besseres Ergebnis (71 Prozent) – auch mit der Arbeit von SPD-Spitzenkandidat Martin Dulig waren 58 Prozent zufrieden.

Michael Kretschmer wurde mit 45,8 Prozent direkt gewählt; bei den Zweitstimmen liegt allerdings die AfD mit 37,9 Prozent in seinem Wahlkreis vor der CDU (35,2 Prozent).

3.4 Wählerwanderung in Sachsen

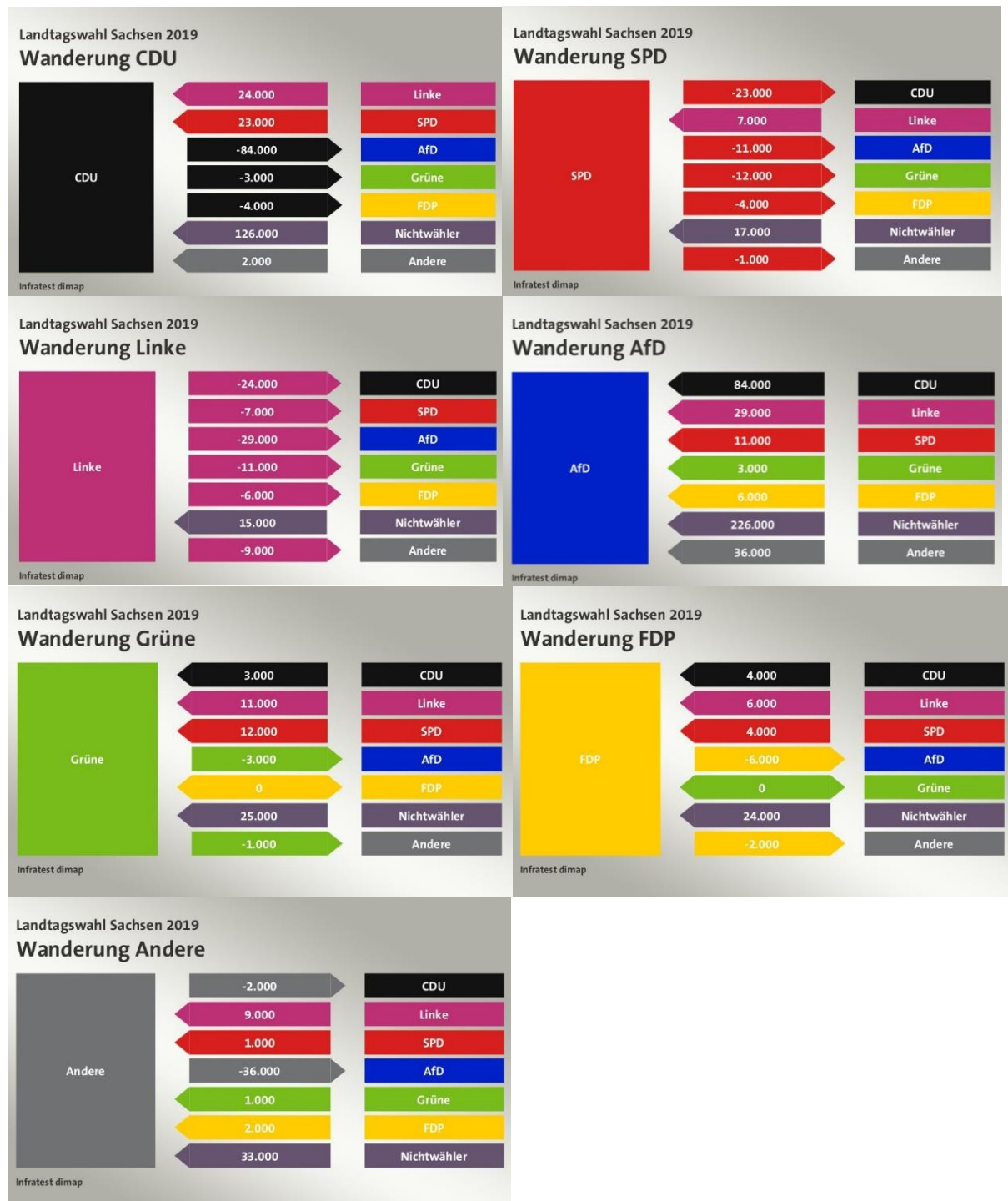
In Sachsen haben rund 3,3 Mio. Wahlberechtigte einen neuen Landtag gewählt. Bei der Landtagswahl in Sachsen ist es den Parteien gelungen, viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu motivieren sich an der Wahl zu beteiligen. Mit 226.000 Stimmen konnte die AfD den größten Anteil unter den Nichtwählerinnen und Nichtwählern für sich gewinnen; 126.000 Nichtwählerinnen und Nichtwähler setzten ihr Kreuz bei der CDU. In Sachsen haben alle Parteien, die nun im sächsischen Landtag vertreten sein werden, von der höheren Wahlbeteiligung profitiert.

Berlin aktuell

Ergebnisse der Landtagswahlen am 1. September 2019 in Brandenburg und Sachsen

Bei der Betrachtung der Wählerwanderung ist weiterhin auffallend, dass die CDU Stimmen vom bisherigen Koalitionspartner SPD (23.000 Stimmen) und von Die Linke (24.000 Stimmen) hinzugewonnen hat; die SPD hat dagegen lediglich wenige Stimmen (7000 Stimmen) von der Linkspartei und aus dem Lager der Nichtwählenden (17.000 Stimmen) hinzugewonnen.

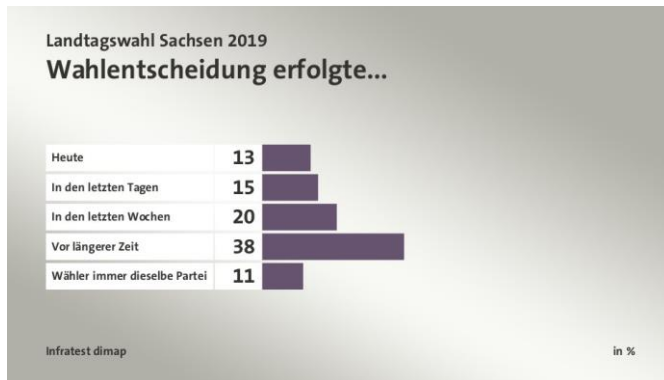
Insgesamt gelingt es der AfD, aus allen politischen Lagern Stimmen dazuzugewinnen; allein von der CDU sind 84.000 Stimmen an die AfD übergegangen; aber auch 29.000 Wählerinnen und Wähler wechselten von der Linken zur AfD. Die Grünen können 12.000 ehemalige SPD- Wählerinnen und Wähler und 11.000 ehemalige Linke-Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen. Die Linke verliert an alle anderen Partei Wählerstimmen.



Quelle: Infratest dimap, ARD-Deutschlandtrend

3.5 Wahlverhalten nach Alter, Berufsstand, Geschlecht und Bildung in Sachsen

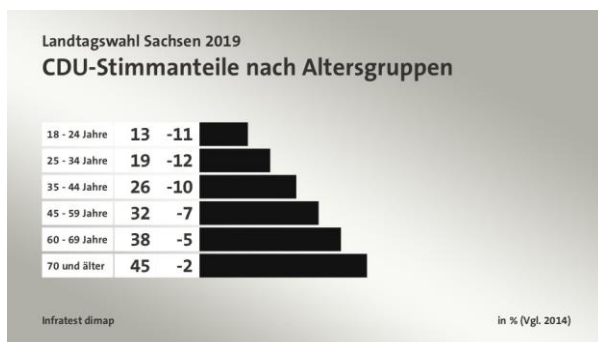
Viele Wählerinnen und Wähler haben ihre Wahlentscheidung bereits vor längerer Zeit (38 Prozent) bzw. in den letzten Wochen (20 Prozent) getroffen haben. Nur 11 Prozent der Befragten gaben an, immer dieselbe Partei zu wählen. Nur 14 Prozent der Wählerinnen und Wähler gaben laut Umfrage eine langfristige Parteibindung an.



Quelle: Infratest dimap, ARD-Deutschlandtrend

Alter

Die CDU gewann vorwiegend bei älteren Wählerinnen und Wählern Stimmen, wohingegen die Grünen im Vergleich insbesondere bei den Jungen punkten konnten. Die AfD wurde in allen Altersgruppen unter 60 Jahren stärkste Partei. In der Altersgruppe zwischen 45 und 59 Jahre erreichte sie sogar einen Stimmanteil von 33 Prozent (plus 22 Prozentpunkte im Vergleich zur Landtagswahl 2014).





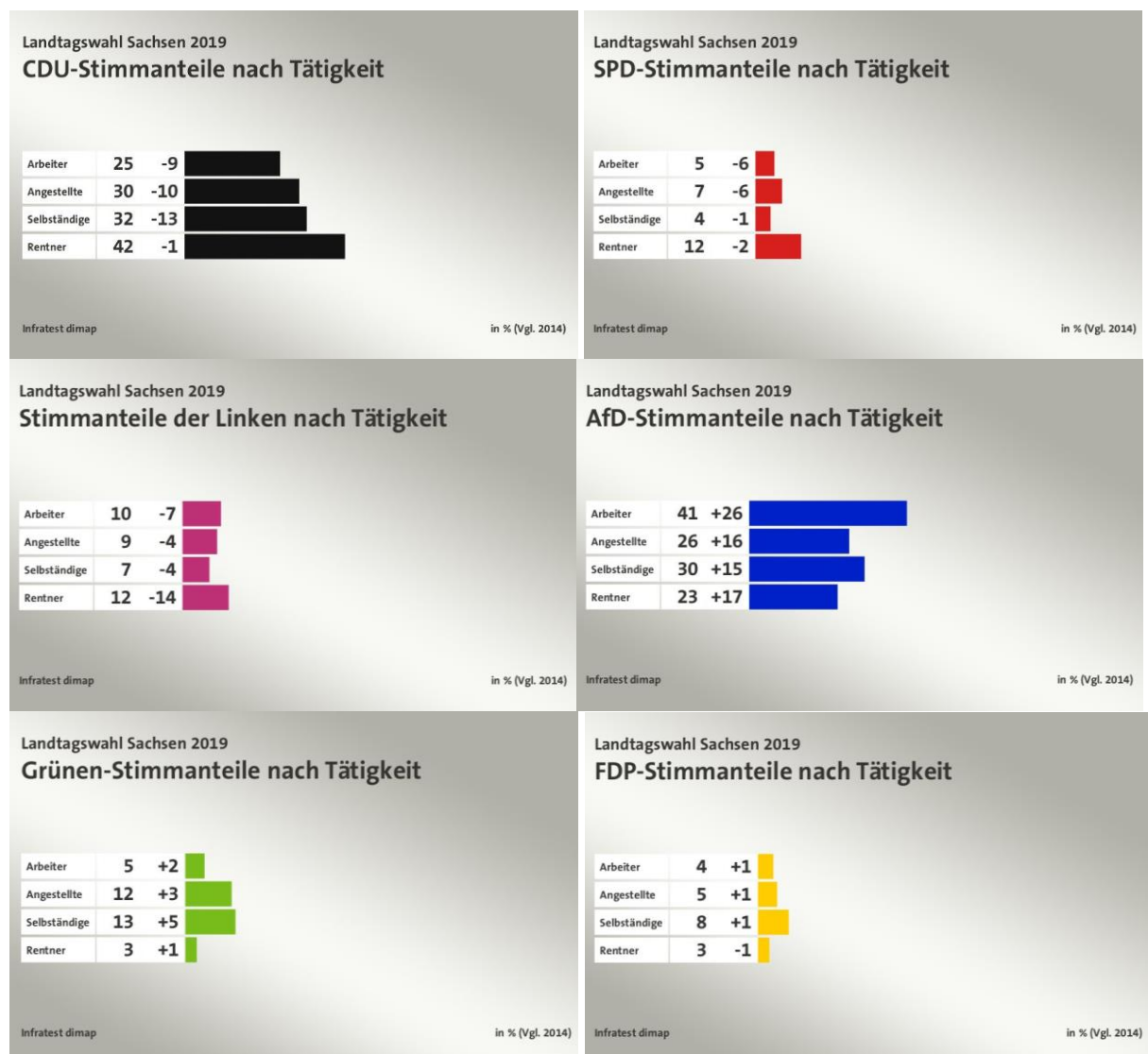
Quelle: Infratest dimap, ARD-Deutschlandtrend

Berufsstand und Bildung

Die Umfrageergebnisse zur Landtagswahl in Sachsen zeigen, dass Arbeiter und Angestellte nicht vorrangig ihr Kreuz bei der SPD oder bei Die Linke setzen. 41 Prozent der Arbeiter wählten die AfD (plus 26 Prozentpunkte im Vergleich zur LTW 2014); 26 Prozent der Angestellten (plus 16 Prozentpunkte) und 23 Prozent der Rentnerinnen und Rentner (plus 17 Prozentpunkte).

Die Grünen erhalten die meiste Zustimmung von Selbstständigen und Angestellten.

Die CDU, aber auch die SPD verlieren bei allen Personengruppen nach Tätigkeit Stimmanteile.



Quelle: Infratest dimap, ARD-Deutschlandtrend

Bildung

Die Stimmanteile der Parteien mit Fokus auf Bildung zeigen, dass Wählerinnen und Wähler mit Hauptschulabschluss überwiegend die CDU (42 Prozent) und die AfD (31 Prozent) gewählt haben. Wählerinnen und Wähler mit Hochschulabschluss wählten jedoch ebenfalls mehrheitlich die CDU (35 Prozent) sowie die Grünen. Bei den Grünen fällt ins Auge, dass sie die höchsten Stimmanteile unter den Wählerinnen und Wählern mit Abitur (13 Prozent) und Hochschulabschluss (16 Prozent) gewinnen konnten. Die SPD hat über alle Bildungsniveaus hinweg vergleichsweise ähnliche Zustimmungswerte – den größten Anteil unter Hochschulabsolventen. Bei Die Linke ergibt sich ein ähnliches Bild. Bei der AfD Wählern überwiegen die Stimmanteile von Wählerinnen und Wählern mit mittlerer Reife (37 Prozent) und Hauptschulabschluss.



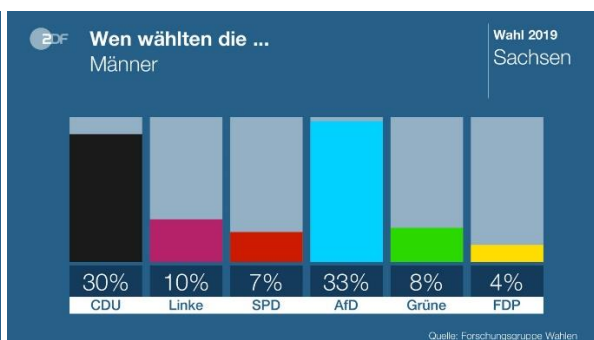
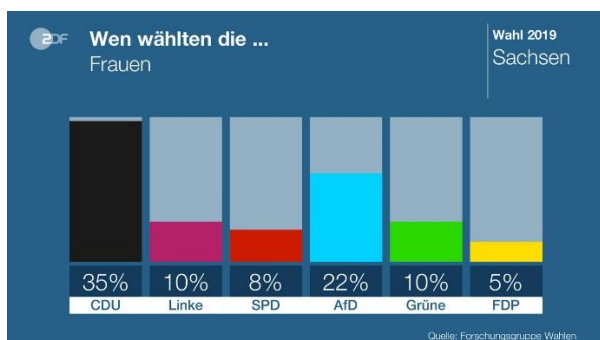
Quelle: ZDF, Forschungsgruppe Wahlen

Geschlecht

Beim Wahlverhalten nach Geschlecht fallen zwei Ergebnisse ins Auge: Die Grünen haben mehr Zustimmung von Frauen (10 Prozent) erhalten als von Männern (8 Prozent), wohingegen die AfD deutlich bei den Männern (33 Prozent) als bei den Frauen (22 Prozent) punkten konnte. Dieses Bild ist nicht neu und bestätigt die Wahlergebnisse der zurückliegenden Landtags- und Bundestagswahl. Bei den anderen Parteien unterscheiden sich die Ergebnisse bei den Geschlechtern kaum.

Berlin aktuell

Ergebnisse der Landtagswahlen am 1. September 2019 in Brandenburg und Sachsen



Quelle: ZDF, Forschungsgruppe Wahlen

3.6 Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder in Sachsen

Sachsen 2019: CDU stärkste Kraft bei GewerkschafterInnen

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Sachsen 2019 (in Prozent)

■ CDU ■ Linke ■ SPD ■ AfD ■ Grüne ■ FDP ■ Sonstige

Alle WählerInnen



GewerkschafterInnen*



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften, auch z.B. Beamtenbund)

Quelle: Der Landeswahlleiter, Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

© DGB-einblick 10/2019 / CC BY 4.0

GewerkschafterInnen: Frauen wählen die CDU, Männer die AfD

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl in Sachsen 2019 nach Geschlecht (in Prozent)

■ CDU ■ Linke ■ SPD ■ AfD ■ Grüne ■ FDP ■ Sonstige

Frauen



Männer



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften, auch z.B. Beamtenbund)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

© DGB-einblick 10/2018 / CC BY 4.0

3.7 Hintergrund: Druck von rechts

Die CDU steht seit fünf Jahren von rechts unter Druck. 2014 zog die AfD mit einem Ergebnis von knapp 10 Prozent erstmals in den Landtag ein. (Zugleich verfehlte die NPD mit 4,9 Prozent nur knapp den Einzug in den Landtag.) Wenige Wochen später, am 20. Oktober 2014, rief Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) erstmals zu einer Demonstration in Dresden auf, der viele weitere folgten – mit bis zu 25.000 Teilnehmenden und unter Aufbietung von Prominenz aus der neuen Rechten. Bei der Bundestagswahl 2017 verlor die CDU ihre Spitzenposition an die AfD, die mit 27 Prozent stärkste Kraft in den sächsischen Wahlkreisen wurde. Der heutige Ministerpräsident Michael Kretschmer unterlag in seinem Wahlkreis Görlitz gegenüber seinem AfD-Mitbewerber. Als Folge des schlechten Wahlergebnisses trat der damalige Ministerpräsident Tillich 2017 einige Wochen nach der Bundestagswahl zurück. Kretschmer folgte ihm.

Berlin aktuell

Ergebnisse der Landtagswahlen am 1. September 2019 in Brandenburg und Sachsen

Die Ausschreitungen der Rechten in Chemnitz Ende August 2018 waren ein weiteres Indiz für die aufgeheizte Stimmung im Land. Allerdings gibt es auch ein breites zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und rechte Hetze; das zeigte sich eine Woche vor der Landtagswahl 2019 eindrucksvoll bei der #unteilbar-Demo in Dresden, mit großer IG-Metall-Beteiligung.

Fehlende Investitionen

Der Erfolg der AfD in Sachsen wird, wie auch in anderen Teilen der Republik, mit der Migrationspolitik der Bundesregierung in Zusammenhang gebracht – aber auch mit sozialen Problemen. Beobachter verweisen auf Versäumnisse in der Landespolitik. Zu sehr hätten sich die CDU-Ministerpräsidenten in der Rolle der finanzpolitischen „Musterknaben“ gesonnt, die ohne neue Schulden auskommen und sogar Schulden zurückzahlen. Investitionen in den ländlichen Raum, in Infrastruktur und Zivilgesellschaft wurden dabei vernachlässigt. Sogar die CDU selbst spricht in ihrem aktuellen Wahlprogramm von „Fehlern, die uns in den letzten Jahrzehnten unterlaufen sind“ – und macht deutlich, dass sie bereits begonnen habe, sie abzustellen. Mit 28.000 Euro Bruttojahreseinkommen liegen die Entgelte in Sachsen – wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern – deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt (rund 33.330 Euro in 2016).

Kretschmer präsentierte kurz nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten zusammen mit seinem Vize und Wirtschaftsminister Martin Dulig von der SPD einen „Plan für Sachsen“ („Zusammenhalt festigen“), der mehr Investitionen in Bildung, die Einstellung von Lehrern, einen „Masterplan für den ländlichen Raum“, Förderprogramme für regionale Wachstumskerne und vieles anderes – bis hin zu mehr Geld für die Freiwillige Feuerwehr - vorsah. Der Plan machte auch deutlich: Die Situation in Städten wie Dresden und Leipzig ist eine völlig andere als in den ländlichen Regionen wie dem Erzgebirge oder der Sächsischen Schweiz.

Transformation gestalten

Umso dringender ist es, die Transformation in den ländlichen, strukturschwachen Regionen zu gestalten. Sachsen ist neben Brandenburg und Sachsen-Anhalt (und Nordrhein-Westfalen in Westdeutschland) vom Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung betroffen. Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft und Umweltverbände haben dazu Anfang des Jahres einen Kompromiss in der „Kohlekommission“ beschlossen, der unter anderem umfassende Strukturhilfen vorsieht. Der entsprechende Gesetzentwurf hat inzwischen das Bundeskabinett passiert. Ministerpräsident Kretschmer erteilte einem Kohleausstieg vor 2038 eine Absage. Die direkte Betroffenheit vom Kohleausstieg in Sachsen mag auch ein Grund dafür sein, dass für die Grünen in Sachsen – insbesondere in den ländlichen Regionen – die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Bildung, Innere Sicherheit

Da Schulpolitik weitgehend Ländersache ist, spielt das Thema Bildung auch in diesem Landtagswahlkampf eine prominente Rolle. Die CDU verweist auf die Erfolge Sachsens bei PISA-Vergleichen und ähnlichen Rankings und will grundlegend nichts ändern (sondern im Wesentlichen in Lehrer und Schulen investieren); SPD, Linke und Grüne hingegen setzen auf „längeres gemeinsames Lernen“. Letztere drei Parteien machen sich auch für ein Bildungsfreistellungsgesetz stark; bislang ist Sachsen neben Bayern das einzige Bundesland, in dem es kein entsprechendes Gesetz gibt.

3.7 Wahlrecht in Sachsen

Der 7. Sächsische Landtag besteht, vorbehaltlich möglicher Überhang- und Ausgleichsmandate, aus 120 Abgeordneten.

Die Landtagsabgeordneten werden in all-gemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den wahlberechtigten Deutschen nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt.

Jeder Wähler/jede Wählerin hat zwei Stimmen. Mit der Direktstimme entscheidet er/sie sich für einen Abgeordneten/eine Abgeordnete seines/ihres Wahlkreises. Als im Wahlkreis gewählt gilt derjenige Kandidat/diejenige Kandidatin, welcher/welche die meisten Stimmen erhält. Die zweite Stimme vergibt die Wählerin/der Wähler an die Landesliste einer Partei.

Wahlberechtigt sind – mit wenigen gesetzlichen Ausnahmen – alle deutschen Staatsbürgerinnen und -bürger mit Hauptwohnsitz in Sachsen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Gewählt werden können alle Wahlberechtigten, die seit mindestens zwölf Monaten ihre Hauptwohnung in Sachsen haben.

Um in den Sächsischen Landtag einzuziehen, benötigt eine Partei mindestens fünf Prozent der abgegebenen gültigen Listenstimmen oder sie müssen in mindestens zwei Wahlkreisen ein Direktmandat errungen haben. Die Verrechnung der Stimmen in entsprechende Mandate erfolgt mit Hilfe des Höchstzahlenverfahrens nach d'Hondt.

Die Legislaturperiode in Sachsen beträgt fünf Jahre.

Landeswahlleiter Brandenburg

4. Hintergrund - Politische Ausgangslage Bundespolitik

Seit der Bildung der Großen Koalition vor eineinhalb Jahren kommt das Schwarz-Rote-Bündnis – ganz unabhängig davon, was sie in der Sache macht – auf keinen grünen Zweig. Die Zustimmungswerte sowohl von CDU/CSU als auch von SPD sinken stetig. Insbesondere die Europawahl Ende Mai 2019 hat zu Turbulenzen geführt, in deren Folge Andrea Nahles als Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD zurückgetreten ist. Während an der Spitze der Fraktion Ruhe eingekehrt ist – Rolf Mützenich wurde zunächst zum Interimsvorsitzenden gewählt und hat nun signalisiert, auch bei der regulären Wahl im September anzutreten –, läuft das Verfahren zur Wahl für den SPD-Parteivorsitz. Eine Reihe von Bewerberinnen und Bewerber haben ihren Hut in den Ring geworfen; Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz bildet mit Klara Geywitz das bisher prominenteste Bewerberduo. Bis zum 1. September 2019 konnten sich Bewerberinnen und Bewerber nominieren lassen.

Die Vorsitzendenwahl bei der SPD fällt zusammen mit der sog. Halbzeitbilanz, die bereits im Koalitionsvertrag vereinbart wurde und für die der Koalitionsausschuss und die SPD nun ein Prozedere festgelegt haben: Im Oktober will die Koalition gemeinsam Bilanz ziehen, anschließend nehmen die Parteien eine politische Bewertung dieser Bilanz vor. Ein wichtiges Datum ist der SPD-Parteitag Anfang Dezember. Ist die Union entschlossen, die Koalition nicht platzen zu lassen, so gibt es in der SPD unterschiedliche Stimmen. Noch ist völlig unklar, wer die SPD künftig führen wird, ob sie in der Koalition bleiben wird – und ob (bzw. wann) ein vorzeitiges Ende der GroKo Neuwahlen oder zumindest vorübergehend eine Minderheitsregierung zur Folge hätte.

Bei CDU und CSU stehen zwar keine personellen Veränderungen bevor; allerdings steht CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer nach einer Reihe von Fehlern und unglücklichen Äußerungen – zuletzt um einen möglichen Parteiausschluss des ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen – und nach dem schlechten Europawahl-Ergebnis innerparteilich unter Druck. Immerhin konnten Kramp-Karrenbauer und Angela Merkel im Sommer die Wahl Ursula

von der Leyens zur EU-Kommissionspräsidentin als Erfolg verkaufen – AKK bot das zugleich die Möglichkeit, kurzfristig in die Bundesregierung einzutreten.

Die Turbulenzen in den Parteien fallen in eine Zeit, in der es verstärkt Anzeichen dafür gibt, dass sich die Konjunktur eintrübt und in der zugleich der politische Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der Transformation steigt. Europäische CO₂-Regulation im Automobilbereich, Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, das „Klimakabinett“ und die Diskussion um ein Klimaschutzgesetz sowie eine CO₂-Bepreisung, „Fridays for Future“ als Katalysator: Diese Stichworte kennzeichnen einen Großteil der politischen Agenda. Die Bundesregierung arbeitet auf das „Klimakabinett“ am 20.09. und auf einen weiteren „Auto-Gipfel“ im Herbst hin.

Die wachsende Bedeutung des Themas „Klimaschutz“ trägt zum einen zu hohen (bundesweiten) Zustimmungswerten für die Grünen bei. Allerdings sind Brandenburg und Sachsen von der Dekarbonisierung, vor allem im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Braunkohle, in besonderer Weise betroffen, so dass es auch Vorbehalte gegen eine ambitionierte Klimapolitik gibt – was die AfD sich unter anderem zunutze zu machen sucht.

5. Die nächsten Wahltermine

2019

27. Oktober 2019 Landtagswahl Thüringen

2020

23. Februar 2020 Bürgerschaftswahl Hamburg

2021

Landtagswahl Baden-Württemberg
Landtagswahl Rheinland-Pfalz
Landtagswahl Sachsen-Anhalt
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern
Bundestagswahl

6. Interessante Links

Ergebnisse Landtagswahlen

Tagesschau: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-05-26-EP-DE/index.shtml>

Landeswahlleiter Brandenburg: <https://wahlen.brandenburg.de/wahlen/de/start/>

Landeswahlleiter Sachsen: https://www.wahlen.sachsen.de/LW_19.php